

EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel**



Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament

EUROPAMINISTERIN MÜLLER WARB IN BRÜSSEL MIT VERTRETERN DER ALPENREGIONEN FÜR DIE AUFSTELLUNG EINER EUROPÄISCHEN ALPENSTRATEGIE

Hochrangige Vertreter der Regionen im Alpenraum haben am 08.11.2011 in der Bayerischen Vertretung in Brüssel ihre Entschlossenheit bekundet, eine gemeinsame Initiative zu einer Europäischen Strategie für den Alpenraum zu erarbeiten. Die Bayerische Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten, *Emilia Müller*, und der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Alpenländer (Arge Alp), Regierungsrat *Willi Haag* (Kantonsregierung St. Gallen), hatten zu der Veranstaltung eingeladen und stellten das Vorhaben sowie die bereits geleistete Arbeit vor. In einer von der ORF-Journalistin *Cornelia Primosch* moderierten Podiumsdiskussion bekräftigten die Landeshauptmänner *Dr. Luis Durnwalder* (Autonome Provinz Bozen-Südtirol) und *Günther Platter* (Tirol), der Vizepräsident der Region Provence-Alpes-Côte d'Azur und Präsident des Comité de Massif des Alpes, *Joël Giraud*, der Vizepräsident der Region Rhône-Alpes und Mitglied im Ausschuss der Regionen, *Bernard Soulage*, sowie der zuständige Staatssekretär der Region Lombardei, *Paolo Alli*, den in den betroffenen Regionen aller Alpenstaaten bestehenden Wunsch, gemeinsam eine Alpenstrategie zu erarbeiten. Der aus Südtirol stammende Europaabgeordnete *Dr. Herbert Dorfmann* (EVP) und *Hubert Gambs*, Kabinettschef von Regionalkommissar *Dr. Johannes Hahn*, hoben ebenfalls die besondere Rolle hervor, die den betroffenen Staaten und Regionen bei der Erarbeitung einer makroregionalen Strategie zukommt.

<http://www.bayern.de/Veranstaltungen-1417.10357869/index.htm>

Geschäftsbereich Staatsministerium des Innern

JI-RAT AM 27./28.10.2011: KONTROVERSE DISKUSSIONEN ÜBER EU-TFTS

Bei der Ratstagung der Justiz- und Innenminister am 27./28.10.2011 haben die Vertreter der Mitgliedstaaten kontrovers über die Mitteilung der Kommission vom 13.07.2011 über „Optionen für ein EU-System zum Aufspüren der



Terrorismusfinanzierung“ (Terrorist Finance Tracking System – TFTS) diskutiert. Die weiteren Tagesordnungspunkte der Ratstagung betrafen Berichte der Kommission zu laufenden Gesetzgebungsverfahren, zur Mitteilung vom 25.10.2010 zu den „intelligenten Grenzen“ sowie über den aktuellen Stand der Umsetzung des griechischen Asyl-Aktionsplans.

MIGRATION: WEG FREI FÜR QUALIFIKATIONSRICHTLINIE

Das EP-Plenum hat 28.10.2011 den Weg frei gemacht für die lange umstrittene Richtlinie über Mindestnormen für die Anerkennung und den Status von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Personen mit Anspruch auf internationalen Schutz und über den Inhalt des zu gewährenden Schutzes (Qualifikations- oder Anerkennungsrichtlinie). Zuvor war am 20.10.2011 eine Einigung zwischen EP, Rat und Kommission dahingehend erzielt worden, dass die Mitgliedstaaten nicht verpflichtet sein sollen sog. „Korrelationstabellen“ zu erstellen, die es der Kommission erlauben würden, die Umsetzung der Richtlinie in nationales Recht in den einzelnen Mitgliedstaaten zu vergleichen. Der Rat, der dem nun vom EP angenommenen Richtlinienvorschlag im Wesentlichen schon zugestimmt hat, muss diesen nun noch förmlich annehmen.

EP-PLENUM STIMMT PNR-ABKOMMEN MIT AUSTRALIEN ZU

Das EP-Plenum hat am 27.10.2011 dem Abkommen mit Australien über die Übermittlung und Verarbeitung von Fluggastdatensätzen (Passenger Name Records – PNR) und deren Übermittlung durch die Fluggesellschaften zugestimmt. Das Abkommen, das sieben Jahre gelten soll, ersetzt eine bereits im Jahr 2007 geschlossene Vereinbarung. Der Rat muss dem Abkommen noch förmlich zustimmen.

Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

JI-RAT AM 27./28.10.2011 IN LUXEMBURG

- VO-Vorschlag über ein Gemeinsames Europäisches Kaufrecht sehr zurückhaltend aufgenommen
- Orientierungsaussprache zur Richtlinie über Mindeststandards für die Rechte und den Schutz von Opfern von Straftaten sowie für die Opferhilfe
- Sachstandsbericht zur Richtlinie über das Recht auf Rechtsbeistand in



Strafverfahren und das Recht auf Kontaktaufnahme bei der Festnahme

- Vorschlag für eine Richtlinie über strafrechtliche Sanktionen für Insider-Geschäfte und Marktmanipulation
- Kommissionsmitteilung zur Drogenbekämpfung; Europ. Pakt gegen synthetische Drogen; Jahresbericht zum Stand des Drogenproblems in Europa

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st15/st15983.de11.pdf>

- A-Punkt: Justizielle Aus- und Fortbildung auf europäischer Ebene

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/jha/125749.pdf

RICHTLINIE ZUR BEKÄMPFUNG DES SEXUELLEN MISSBRAUCHS VON KINDERN IM EP

Das EP hat am 27.10.2011 mit überwältigender Mehrheit (541:0:2) neue Regeln zum Schutz von Kindern vor sexuellem Missbrauch und gegen Kinderpornografie im Internet angenommen. Die Richtlinie sieht vor, dass europaweit einheitliche Mindeststrafen in die Strafgesetzbücher der Mitgliedstaaten für sexuellen Missbrauch von Kindern und sexuelle Ausbeutung sowie Kinderpornografie aufgenommen werden. Schließlich ist auch die Verfolgung von Kinderprostitution von dem Vorschlag abgedeckt. Die Richtlinie muss nun noch vom Rat formell – wohl noch in diesem Jahr – verabschiedet werden. Die nationalen Strafgesetze sind dann innerhalb von zwei Jahren anzupassen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0468+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE#BKMD-3>

EU-HAUSHALT 2014 - 2020: KOMMISSION STELLT NEUE GESUNDHEITS- UND VERBRAUCHERPROGRAMME VOR

Die Kommission hat am 09.11.2011 zwei Vorschläge für die neuen Gesundheits- und Verbraucherprogramme angenommen, welche eine Laufzeit von 2014 bis 2020 haben. Für das Verbraucherprogramm werden 197 Mio. € bereitgestellt. Der Schwerpunkt liegt auf einer geringeren Anzahl gezielter Maßnahmen, deren Durchführung auf EU-Ebene einen Mehrwert erbringt (zum Gesundheitsprogramm s. Beitrag des StMUG in diesem EB). Die aktuellen Programme laufen noch bis Ende 2013. Die neuen Gesundheits- und Verbraucherprogramme sind Teil der finanziellen Prioritäten der EU für 2014 - 2020



(des Mehrjährigen Finanzrahmens der EU), den die Kommission im Juni angekündigt hatte.

<http://ec.europa.eu/eahc/consumers/index.html>

AUSSERGERICHTLICHE STREITBEILEGUNG (ADR)

Das EP hat am 25.10.2011 den von MdEP *Diana Wallis* (ALDE/VK) verfassten Bericht über alternative Streitbeilegungsmechanismen (ADR) angenommen. Alternative Streitbeilegung soll sowohl für den Bereich B2C, als auch für B2B zugänglich sein. In der nicht legislativen Entschließung spricht sich das EP gegen die massenweise Einführung eines obligatorischen ADR-Mechanismus aus. Die Kommission hat für den 23.11.2011 zwei Legislativvorschläge im Bereich ADR angekündigt.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0460+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

KOMMISSIONSVORSCHLAG ZUR VEREINFACHUNG DES JAHRESABSCHLUSSES: VERRINGERUNG DES VERWALTUNGS-AUFWANDS FÜR KMU

Die Kommission hat am 25.10.2011 einen Vorschlag für eine Richtlinie zum Jahresabschluss, konsolidierten Abschluss und Unternehmensberichte vorgelegt. Mit diesem Vorschlag sollen die 4. Richtlinie (78/660/EWG) und 7. Richtlinie (83/349/EWG) zusammengefasst werden. Die Kommission will damit den Verwaltungsaufwand für kleine Unternehmen verringern. Weitere Einzelheiten und Details (s. den Beitrag des StMWIVT im EB 18/11).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1238&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/internal_market/accounting/docs/sme_accounting/review_directives/20111025-legislative-proposal_en.pdf

http://ec.europa.eu/internal_market/accounting/docs/sme_accounting/review_directives/20111025-ia-summary-part-1_en.pdf

[\(Impact assessment, summary, part 1\)](#)

http://ec.europa.eu/internal_market/accounting/docs/sme_accounting/review_directives/20111025-ia-summary-part-2_en.pdf

[\(Impact assessment, summary, part 2\)](#)



DEUTSCHLAND ERHÄLT LETZTE MAHNUNG WEGEN VORRATSDATENSPEICHERUNG

Die Kommission hat Deutschland und Rumänien am 27.10.2011 eine Frist von zwei Monaten gesetzt, um die „Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung“ von Verbindungs- und Standortdaten für die Strafverfolgung umzusetzen. Wenn diese Frist nicht eingehalten wird, kann die Kommission den Europäischen Gerichtshof (EuGH) anrufen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1248&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>
http://ec.europa.eu/home-affairs/news/infringements/infringements_en.htm

Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen

WESENTLICHE ERGEBNISSE DER SITZUNG DER EUROGRUPPE VOM 07.11.2011

Die angestrebte Bildung einer „Regierung der nationalen Einheit“ in Griechenland wurde von der Eurogruppe begrüßt. Die nächste Darlehenstranche aus dem ersten Rettungspaket für Griechenland in Höhe von 8 Mrd. € (davon 5,8 Mrd. € von den Euro-Mitgliedstaaten, 2,2 Mrd. € vom IWF) wird erst ausbezahlt, wenn die Hauptparteien der neuen griechischen Regierung den Finanzministern der Eurogruppe schriftlich zusichern, dass die Entscheidungen des Euro-Gipfels vom 26./27.10.2011 uneingeschränkt unterstützt und umgesetzt werden. Auch wenn Italien derzeit anders als Griechenland, Irland und Portugal keinem Rettungsprogramm unterliegt, soll Italien seitens der Kommission und des IWF einer verstärkten Kontrolle im Hinblick auf die von der italienischen Regierung zugesagten Konsolidierungs- und Reformmaßnahmen unterzogen werden. Daneben haben die Finanzminister in der Eurogruppe über die konkrete Ausgestaltung der Optionen zur Maximierung der Mittel diskutiert. Die Kapazität der EFSF soll über eine Versicherungslösung und/oder eine Fondslösung maximiert werden, ohne das Garantievolumen (780 Mrd. € brutto, 440 Mrd. € netto) zu erhöhen. In den kommenden Wochen werden zur Feinabstimmung der beiden Optionen Marktteilnehmer und Ratingagenturen konsultiert. Die EFSF-Leitlinien zur Umsetzung der beiden Modelle will die Eurogruppe noch im Laufe des Novembers 2011 erarbeiten, damit diese im Dezember 2011 zur Verfügung stehen.

http://www.efsf.europa.eu/attachments/efsf_terms_of_reference_maximising_t



[he_capacity.pdf](#)

WESENTLICHE ERGEBNISSE DER SITZUNG DES ECOFIN-RATES VOM 08.11.2011

Der ECOFIN-Rat hat das Legislativpaket zur wirtschaftspolitischen Steuerung – nach Finalisierung der Rechtstexte – formal angenommen. Mit dem Legislativpaket zur wirtschaftspolitischen Steuerung wurde ein Verfahren zur Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte eingeführt. Grundlage dieses Verfahrens ist ein sogenanntes Scoreboard, das im Rahmen eines Frühwarnsystems makroökonomische Ungleichgewichte und Probleme mit der Wettbewerbsfähigkeit anzeigen soll. Der ECOFIN-Rat hat nunmehr die Indikatoren und Schwellenwerte für dieses Scoreboard festgelegt. Zu den Indikatoren gehören die Leistungsbilanz, das Nettoauslandsvermögen, die Exportanteile, die Lohnstückkosten, die realen effektiven Wechselkurse, die private Verschuldung, der Kreditfluss im Privatsektor, die Immobilienpreise, die öffentliche Verschuldung und die Arbeitslosenquote. Der für Deutschland besonders wichtige Oberwert für Leistungsbilanzüberschüsse wurde auf 6 % des BIP festgesetzt. Damit konnte sich Deutschland mit seiner Forderung, den Oberwert auf 7 % zu erhöhen, zwar nicht durchsetzen. In den Schlussfolgerungen des ECOFIN-Rates wurde aber klargestellt, dass große und nachhaltige Leistungsbilanzüberschüsse nicht zu Sanktionen im Rahmen des Verfahrens wegen makroökonomischer Ungleichgewichte führen sollen. Zur Finanztransaktionssteuer gab es eine erste Diskussion, Schlussfolgerungen wurden aber noch nicht getroffen. Das Thema Energiesteuer wurde von der polnischen Ratspräsidentschaft von der Tagesordnung abgesetzt, weil eine ganze Reihe von Mitgliedstaaten die Auffassung vertrat, dass das Thema noch nicht reif für den ECOFIN-Rat ist.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/125976.pdf

HERBSTPROGNOSE 2011 - 2013 DER KOMMISSION

Die Kommission hat am 10.11.2011 ihre Herbstprognose für die wirtschaftliche Entwicklung in der EU in den Jahren 2011 - 2013 vorgelegt. Danach wird das BIP in der EU bis weit ins Jahr 2012 hinein stagnieren. Auch im Jahr 2013 dürfte das Wachstum mit 1,5 % in der EU und 1,3 % im Euroraum ebenfalls schwach bleiben. Die aggregierte Schuldenquote in der EU wird in den Jahren



2012 und 2013 mit rund 85 % des BIP ihren vorläufigen Höchststand erreichen. Im Euroraum wird die Schuldenquote von 88 % im Jahr 2011 auf fast 91 % im Jahr 2013 steigen (zum Vergleich 2007: Rund 66 %). Der Schuldenstand Griechenlands würde ohne zusätzliche Gegenmaßnahmen von 162,8 % des BIP in diesem Jahr auf über 198 % in den Jahren 2012 und 2013 steigen. Nicht berücksichtigt ist bei diesen Zahlen der anvisierte freiwillige Schuldenschnitt von 50 %. Der Schuldenstand Italiens, das derzeit ganz erheblichen Turbulenzen auf den Anleihemärkten ausgesetzt ist, sinkt nach der Kommissionsprognose von 120,5 % im Jahr 2011 auf 118,7 % im Jahr 2013.

Die Herbstprognose der Kommission ist über nachfolgenden Link abrufbar:

http://ec.europa.eu/economy_finance/eu/forecasts/2011_autumn_forecast_en.htm

JAHRESBERICHT 2010 DES EUROPÄISCHEN RECHNUNGSHOFES

Der Europäische Rechnungshof (EuRH) hat am 10.11.2011 seinen Jahresbericht für das Jahr 2010 veröffentlicht. Der EuRH gelangt darin zu der Schlussfolgerung, dass die Jahresrechnung 2010 die Finanzlage der EU sowie die Vorgänge und Cashflows des Jahres insgesamt sachgerecht darstellt. Die der Jahresrechnung zugrunde liegenden Zahlungen sind aber nach wie vor in wesentlichem Ausmaß mit Fehlern behaftet. Die geschätzte Fehlerquote beträgt 3,7 %. Im Bereich Kohäsion, Energie und Verkehr, dem fehlerträchtigsten Ausgabenbereich der EU lag die Fehlerquote mit 7,7 % höher als 2009. In den übrigen Bereichen blieb die Fehlerquote im Wesentlichen stabil. Der Jahresbericht des EuRH ist Grundlage für das Haushaltsentlastungsverfahren.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=ECA/11/37&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

KOMMISSION SCHLÄGT NEUEN RECHTSRAHMEN FÜR DIE SICHERHEIT VON OFFSHORE-ERDÖL- UND ERDGASFÖRDERUNGEN VOR

Die Kommission hat am 27.10.2011 einen Verordnungsentwurf über Sicherheitsvorschriften für die europäische Offshore-Erdöl- und Erdgasförderung vorgelegt. Danach sollen in Europa zukünftig die weltweit strengsten Sicherheits-, Gesundheits- und Umweltstandards gelten. Ziel des Vorschlags ist es,



die Wahrscheinlichkeit von Unfällen zu verringern und im Falle eines Unfalls zumindest die daraus folgenden Umwelt- und Wirtschaftsschäden zu begrenzen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sollen den gesamten Lebenszyklus von Explorations- und Förderaktivitäten abdecken. Dazu gehören Bestimmungen über Prüfpflichten der Behörden bei der Vergabe von Bohrlizenzen, regelmäßige Prüfungen von Sicherheitskonzepten und Inspektionen vor Ort durch unabhängige Prüfer, Pflichten der Unternehmen zur Schaffung von Notfallplänen für jede Anlage sowie Regelungen zur Haftung von Öl- und Gasunternehmen für eventuell auftretende Umweltschäden (durch Änderung der Richtlinie 2004/35/EG über Umwelthaftung). Gleichzeitig hat die Kommission den Beitritt der EU zum Protokoll der Barcelona-Konvention zum Schutz des Mittelmeers vor Verschmutzung durch Offshore-Erkundungs- und -Nutzungsaktivitäten vorgeschlagen.

Pressemitteilung zum Entwurf der Verordnung zur Offshore-Sicherheit:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1260&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Pressemitteilung zum Vorschlag des Beitritts der EU zum Protokoll des Übereinkommens von Barcelona zum Schutz des Mittelmeers:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1261&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

MITTEILUNG ÜBER DIE FÖRDERUNG DER INTERNATIONALISIERUNG VON KMU

Die Kommission hat am 09.11.2011 die Mitteilung „Kleine Unternehmen – große Welt: Eine neue Partnerschaft, um KMU zu helfen, ihre Chancen im globalen Kontext zu nutzen“ vorgelegt. Sie enthält eine Strategie zur Unterstützung von KMU, die international tätig werden möchten. Konkret kündigt die Kommission u. a. an, das CIP-Förderprogramm auf außenwirtschaftliche Durchschlagskraft hin zu untersuchen und ggf. zu überarbeiten; auch das Nachfolgeprogramm soll Elemente der Außenwirtschaftsförderung für KMU enthalten. Ebenso soll das Enterprise Europe Network (EEN) eine neue Steuerungsstruktur erhalten. Im Jahr 2012 soll zudem ein mehrsprachiges Internetportal ans Netz gehen, in dem Informationen über Auslandsmärkte, rechtliche Rahmenbedingungen und Unterstützungsmöglichkeiten gebündelt werden sollen. Ein wichtiges Instrument sieht die Kommission auch in „Marktzugangsteams“ (Market Access Teams) in EU-Delegationen in wirt-



schaftlich wichtigen Partnerländern, die sie stärken und zur Kooperation mit nationalen Auslandsstrukturen der Mitgliedstaaten anhalten will. Eine weitere angekündigte Maßnahme ist die Förderung von Cluster- und Konsortienbildungen von KMU, die einen Eintritt in Drittmärkte erleichtern können.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1318&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

ERGEBNISSE DES ECOFIN-RATS VOM 08.11.2011: AUSGESTALTUNG DES SOGENANTEN SCOREBOARDS IM RAHMEN DES VERFAHRENS ZUR ÜBERWACHUNG UND KORREKTUR MAKROÖKONOMISCHER UNGLEICHGEWICHTE („SIX PACK“), AUSSPRACHE ZUR FINANZTRANSAKTIONSSTEUER

Der ECOFIN-Rat hat am 08.10.2011 das Legislativpaket zur wirtschaftspolitischen Steuerung – nach Finalisierung der Rechtstexte – formal angenommen. Dies war im Grundsatz eine reine Formsache, nachdem das EP und der ECOFIN-Rat das Legislativpaket bereits Ende September bzw. Anfang Oktober 2011 politisch gebilligt hatten. Ein Punkt war allerdings noch offen: Die genaue Ausgestaltung des Verfahrens zur Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte im Rahmen des Legislativpakets zur wirtschaftspolitischen Steuerung („Six Pack“). Für Deutschland als exportstarke Volkswirtschaft mit vergleichsweise hohen Leistungsbilanzüberschüssen war vor allem der obere Grenzwert für Leistungsbilanzüberschüsse von besonderer Bedeutung sowie die Frage, ob dessen Überschreitung ein Verfahren auslöst. Deutschland konnte sich hier mit seinem Ziel, einen Grenzwert von 7 % des BIP festzulegen, nicht durchzusetzen: Der Oberwert für Leistungsbilanzüberschüsse wurde wie von der Kommission vorgeschlagen auf 6 % des BIP festgesetzt. Jedoch wurde in den Schlussfolgerungen klargestellt, dass große und nachhaltige Leistungsbilanzüberschüsse nicht zu Sanktionen im Rahmen des Verfahrens wegen makroökonomischer Ungleichgewichte führen sollen. Ein weiterer Tagesordnungspunkt mit Bedeutung für das StMWIVT betraf die Einführung einer Finanztransaktionssteuer: Hierzu gab es eine erste Diskussion, Schlussfolgerungen wurden aber noch nicht verabschiedet. Das Thema Energiesteuer wurde von der polnischen Ratspräsidentschaft von der Tagesordnung abgesetzt, weil eine ganze Reihe von Mitgliedstaaten die Auffassung vertrat, dass das Thema noch nicht reif für den ECOFIN-Rat sei (s. zu diesen



Themen den Beitrag des StMF in diesem EB).

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/125976.pdf

HERBSTPROGNOSE 2011 - 2013 DER KOMMISSION

Die Kommission hat am 10.11.2011 ihre Herbstprognose für die wirtschaftliche Entwicklung in der EU in den Jahren 2011 - 2013 vorgelegt. Danach erwartet sie eine Stagnation des BIP in der EU: Für das Jahr 2012 wird mit einem jährlichen Wachstum von lediglich 0,6 % in der EU und 0,5 % im Euroraum gerechnet, im Jahr 2013 werde das Wachstum mit 1,5 % in der EU und 1,3 % im Euroraum nur auf niedrigem Niveau leicht anziehen. Aus Sicht der Kommission bestehen insbesondere aufgrund der Staatsschuldenkrise und des Zustands des Finanzsektors sogar nicht unwesentliche Rezessionsrisiken. Die Arbeitslosigkeit dürfte auf ihrem hohen Niveau von rund 9,5 % bleiben. Die Inflation soll wieder unter die 2 %-Marke sinken. Was die Entwicklung der öffentlichen Finanzen angeht, so haben sich die Bedenken hinsichtlich der langfristigen Schuldentragfähigkeit zugespitzt und betreffen mittlerweile auch bisher nicht beteiligte Länder. Für 2011 erwartet die Kommission ein öffentliches Defizit von 4,7 % des BIP in der EU und 4,1 % im Euroraum. Im Jahr 2012 soll das öffentliche Defizit in der EU bei 3,9 % und im Euroraum bei 3,4 % liegen (zu den Erwartungen bei der Entwicklung der öffentlichen Finanzen in den Mitgliedstaaten s. Beitrag des StMF in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1331&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

VEREINBARUNG ÜBER „BEST PRACTICES“ BEI DER ZUSAMMENARBEIT NATIONALER FUSIONSKONTROLLBEHÖRDEN IN DER EU

Am 09.11.2011 haben die mitgliedsstaatlichen Wettbewerbsbehörden gemeinsam mit der Kommission einen Leitfaden über „best practices“ für die Zusammenarbeit zwischen den Fusionskontrollbehörden der EU-Mitgliedstaaten vorgestellt. Der Leitfaden betrifft die Zusammenarbeit und die Weitergabe von Information bei grenzüberschreitenden Zusammenschlüssen, deren Prüfung nicht durch die Kommission selbst, sondern durch die vom Sachverhalt betroffenen Mitgliedstaaten erfolgt. Durch eine bessere Zusammenarbeit sollen die Verfahren einfacher und rascher abgeschlossen werden können, zudem würde



der Gefahr widersprüchlicher Entscheidungen begegnet.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1326&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

KOMMISSION VERÖFFENTLICHT ERGEBNISSE EINER STUDIE ZUM DOHA-ABKOMMEN

Die Kommission hat am 31.10.2011 die Ergebnisse einer von ihr in Auftrag gegebenen Studie des Pariser Forschungsinstituts CEPII zu den wirtschaftlichen Vorteilen der Doha-Entwicklungsagenda vorgestellt. Diese Untersuchung versucht erstmals, die Auswirkungen einer Einigung bei den laufenden Verhandlungen zur Weiterentwicklung des multilateralen Welthandelssystems der WTO zu quantifizieren. Die zu Grunde liegenden Daten berücksichtigen bereits die Wirtschafts- und Finanzkrise der letzten Jahre. Nach den Ergebnissen der Studie sollen die weltweiten Exporte durch eine Einigung in den Bereichen Industriegüter, Landwirtschaft, Dienstleistungen und Bürokratieabbau jährlich um 359 Mrd. US-Dollar steigen. Damit würde ein BIP-Zugewinn von 152 Mrd. US-Dollar einhergehen, was einem Zusatzwachstumseffekt von 0,2 % entspräche.

<http://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=749>

KOMMISSION GENEHMIGT ÜBERNAHME VON ALLGÄULAND DURCH ARLA

Am 08.11.2011 teilte die Kommission mit, dass die geplante Übernahme des deutschen Milchproduzenten „Allgäuland“ durch die dänische Molkereigenossenschaft „Arla“ nach der Fusionskontrollverordnung genehmigt wurde (s. hierzu Beitrag des StMELF in diesem EB).

Mitteilung der Kommission unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1310&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

GEMEINSAME SITZUNG VON AGRARRAT UND EP-AGRARAUSSCHUSS ZUR GAP NACH 2013

Am 07.11.2011 fand im EP in Brüssel eine gemeinsame Sitzung des EP-Agrarausschusses und des Agrarrats statt. Nachdem Agrarkommissar



Cioloş seine Rechtsvorschlage zur GAP nach 2013 erläutert hatte, diskutierten die Abgeordneten und die Landwirtschaftsminister der Mitgliedstaaten die Vorschläge in einer üblichen, etwa vierstündigen Debatte. Dabei wurden weitgehend die bekannten Positionen des ersten Meinungsaustauschs im Agrarausschuss (12.10./24.10.2011, s. EB 17/11) und im Agrarrat (20.10.2011, s. EB 18/11) wiederholt. *Cioloş* wehrte sich gegen vorschnelle Kritik an seinen Rechtsvorschlagen. Er ging auf die in Rat und Ausschuss weit verbreitete Kritik ein, die Rechtsvorschlage seien zu kompliziert und führten zu mehr Bürokratie. Ziel sei, die Rechtstexte anzupassen und zu verbessern. Der Ball liege im Feld von Rat und EP. Für Deutschland stellte Bundesministerin *Aigner* klar, dass die Ziele der Kommission unterstützt würden, entscheidende Fragen blieben jedoch offen. Sie begrüßte den transparenten Ansatz der Kommission zur Umverteilung der Direktzahlungen zwischen den Mitgliedstaaten. Alle finanzwirksamen Entscheidungen müssten jedoch im Zusammenhang mit anderen Politikbereichen der EU, z. B. den Struktur- und Regionalfonds, bewertet und im Rahmen des gesamten EU-Haushalts betrachtet werden.

EUROSTAT GIBT HANDBUCH „AGRICULTURE AND FISHERY STATISTICS“ HERAUS

Am 09.11.2011 gab das Statistische Amt der EU, Eurostat, das Handbuch „Agriculture and fishery statistics – Main results 2009-10“, heraus. Es beinhaltet ausgewählte Tabellen und Grafiken für einen statistischen ublick über die Landwirtschaft in der EU. Mit den jüngsten Daten für die 27 Mitgliedstaaten sowie, soweit verfügbar, für die EFTA-Länder richtet sich die Veröffentlichung sowohl an die Allgemeinheit als auch an Experten. Sie ist in sieben Kapitel unterteilt: Milch und Milchprodukte, landwirtschaftliche Gesamtrechnungen und Preise, wichtigste landwirtschaftliche Erzeugnisse, Landwirtschaft und die Umwelt, Bodenbedeckung und Bodennutzung, ländliche Regionen und Fische-reistatistiken.

Pressemitteilung (mit einer Auswahl von Informationen) unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/11/163&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Handbuch als pdf unter:

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-FK-11-001/EN/KS-FK-11-001-EN.PDF



KOMMISSION STARTET MONATLICHE MARKTINFORMATION ZU GETREIDE, ÖLSAATEN UND EIWEISSPFLANZEN SOWIE REIS IM INTERNET

Am 04.11.2011 teilte die Kommission mit, dass eine Internetseite mit aktuellen Informationen zu den EU-Märkten Getreide, Ölsaaten und Eiweißpflanzen sowie Reis eingerichtet wurde. Agrarkommissar *Cioloş* hatte die Neuerung bereits auf dem G-20-Agrarministertreffen im Juni 2011 angekündigt. Die Internetseite soll jeden Monat aktuelle Informationen über die genannten Märkte liefern. Zudem wird die Kommission darin über Preise, Handel und Marktpräsentationen informieren.

Marktinformation Getreide, Ölsaaten und Eiweißpflanzen sowie Reis unter:

http://ec.europa.eu/agriculture/cereals/index_de.htm

Weitere Marktinformation der Kommission unter:

http://ec.europa.eu/agriculture/analysis/markets/index_en.htm

KOMMISSION GENEHMIGT ÜBERNAHME VON ALLGÄULAND DURCH ARLA

Am 08.11.2011 teilte die Kommission mit, dass die geplante Übernahme des deutschen Milchproduzenten „Allgäuland“ durch die dänische Molkereigenossenschaft „Arla“ nach der Fusionskontrollverordnung genehmigt wurde. Die Kommission prüfte die Auswirkungen des Zusammenschlusses auf die Märkte verschiedener Milchprodukte, u. a. Sahne, abgepackte Butter, Frischkäse und Käse. Das durch den Zusammenschluss entstehende Unternehmen sei weiterhin auf den betreffenden Märkten dem Konkurrenzdruck einer Reihe ernstzunehmender Wettbewerber ausgesetzt. Die Kommission gab daher grünes Licht für die am 15.09.2011 zur Genehmigung angemeldete Übernahme.

Mitteilung der Kommission unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1310&format=HTML&aged=0&language=DE&quiLanguage=en>

EP FORDERT SORGFÄLTIGEREN EINSATZ VON ANTIBIOTIKA

Das EP hat am 27.10.2011 eine nicht legislative EntschlieÙung angenommen, in der die Abgeordneten fordern, den Einsatz antimikrobieller Wirkstoffe, wie z. B. Antibiotika, strengeren Regeln zu unterwerfen, um der weltweit zunehmenden Resistenz gegen solche Wirkstoffe entgegenzutreten. Aufgrund der Gefahr möglicher Wechselwirkungen bzw. Querübertragungen aus dem Tier-



kreislauf in den Humanbereich priorisiert das EP einen ganzheitlichen Ansatz zur Bekämpfung von Resistenzen gegen antimikrobielle Wirkstoffe, welche in der Human- und Tiermedizin sowie in Futtermitteln und beim Pflanzenbau eingesetzt werden. Die Kommission wird aufgerufen, unverzüglich einen Rechtsrahmen zur Bekämpfung von Resistenzen und zur Förderung eines verantwortungsvollen Umgangs mit antimikrobiellen Wirkstoffen vorzuschlagen. Am 18.11.2011, dem Europäischen Antibiotiktag, will die Kommission eine entsprechende Fünf-Jahres-Strategie mit konkreten Aktionen vorstellen (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0473+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

KOORDINIERUNG DER SOZIALEN SICHERHEIT: VERTRAGSVERLETZUNGSVERFAHREN GEGEN ITALIEN, LUXEMBURG UND GRIECHENLAND

Die Kommission hat eine mit Gründen versehene Stellungnahme an Griechenland, Luxemburg und Italien gerichtet und damit in drei Fällen eine unzureichende Umsetzung der EU-Vorschriften über die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit angemahnt. Dies teilte die Kommission am 27.10.2011 mit.

<http://europa.eu/rapid/searchResultAction.do>

EUROSTAT: ARBEITSLOSENQUOTE DES EURORAUMS LAG IM SEPTEMBER 2011 BEI 10,2 PROZENT

Nach Angaben der EU-Statistikbehörde Eurostat lag im Euroraum die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im September 2011 bei 10,2 %, gegenüber 10,1 % im August 2011 und im Vorjahreszeitraum. In der gesamten EU der 27 Mitgliedstaaten wurde eine Arbeitslosenquote von 9,7 % verzeichnet; im September 2010 und im Vormonat hatte sie jeweils 9,6 % betragen. Die niedrigsten Arbeitslosenquoten vermeldete Eurostat für Österreich (3,9 %), die Niederlande (4,5 %) und Luxemburg (4,8 %), während Spanien mit 22,6 %, Griechenland mit 17,6 % (Juli 2011) und Lettland mit 16,1 % (zweites Quartal) die höchsten Werte verzeichneten.



<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/11/160&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=fr>

ASYL: PLENUM DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS MACHT WEG FREI FÜR QUALIFIKATIONSRICHTLINIE

Das EP-Plenum hat 27.10.2011 einen Bericht von Berichterstatterin *Jean Lambert* (GRÜNE/VK) angenommen und damit den Weg frei gemacht für die lange umstrittene Richtlinie über Mindestnormen für die Anerkennung und den Status von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Personen mit Anspruch auf internationalen Schutz und über den Inhalt des zu gewährenden Schutzes (sog. Qualifikations- oder Anerkennungsrichtlinie). Zuvor war am 20.10.2011 eine Einigung zwischen EP, Rat und Kommission dahingehend erzielt worden, dass die Mitgliedstaaten nicht verpflichtet sein sollen, sog. „Korrelationstabellen“ zu erstellen, die es der Kommission erlauben würden, die Umsetzung der Richtlinie in nationales Recht in den einzelnen Mitgliedstaaten zu vergleichen. Diese auch im Rahmen des Vorschlags zur Richtlinie Arbeitnehmerrechte diskutierte Frage war von den Trilog-Verhandlungen zunächst ausgenommen worden.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+20111027+TOC+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

AKTIVES UND GESUNDES ALTERN: INNOVATIONSPARTNERSCHAFT STELLT MASSNAHMEN VOR

Am 07.11.2011 hat die Lenkungsgruppe der „Europäischen Innovationspartnerschaft für Aktivität und Gesundheit im Alter (EIP)“ einen strategischen Durchführungsplan mit fünf Pilotmaßnahmen für das Jahr 2012 vorgestellt. Mithilfe dieser innovativen Maßnahmen soll das übergeordnete Ziel der EIP verwirklicht werden, dass Unionsbürger bis zum Jahr 2020 im Durchschnitt zwei Jahre länger gesund leben können. Der Durchführungsplan konzentriert sich darauf, in den Bereichen Vorbeugung, Versorgung und Behandlung und unabhängiges Leben Fortschritte zu erzielen. Im Folgenden will die Kommission die Umsetzung des strategischen Durchführungsplans vorantreiben, wobei sich die für die Digitale Agenda zuständige Vizepräsidentin der Kommission, *Neelie Kroes*, der Kommissar für Gesundheit und Verbraucher, *John Dalli*, und die Kommissarin für Wissenschaft und Forschung, *Máire Geoghegan-Quinn*, die Federführung teilen (s. Beitrag des StMUG in diesem EB).



http://ec.europa.eu/research/innovation-union/index_en.cfm?section=active-healthy-ageing&pg=implementation-plan

EUROPÄISCHES PARLAMENT: RICHTLINIE ZUR BEKÄMPFUNG DES SEXUELLEN MISSBRAUCHS VON KINDERN

Das EP hat am 27.10.2011 mit überwältigender Mehrheit (541:0:2) neue Regeln zum Schutz von Kindern vor sexuellem Missbrauch und gegen Kinderpornografie im Internet angenommen. Die Richtlinie sieht vor, dass europaweit einheitliche Mindeststrafen in die Strafgesetzbücher der Mitgliedstaaten für sexuellen Missbrauch von Kindern und sexuelle Ausbeutung sowie Kinderpornografie aufgenommen werden. Schließlich ist auch die Verfolgung von Kinderprostitution von dem Vorschlag abgedeckt. Eine Einigung mit dem Rat (EB 14/11) war bereits im Juli 2011 erzielt worden (s. Beitrag des StMJV in diesem EB).

Geschäftsbereich Staatsministerium für Unterricht und Kultus

EU UND CHINA VERSTÄRKEN ZUSAMMENARBEIT IN DEN BEREICHEN KULTUR, BILDUNG, JUGEND UND FORSCHUNG

Im Rahmen ihres Chinabesuchs vom 24. - 27.10.2011 bereitete die EU-Kommissarin für Bildung und Kultur *Androulla Vassilou* den ab 2012 geplanten europäisch-chinesischen Dialog in den Bereichen Kultur, Bildung, Jugend, Forschung und Mehrsprachigkeit vor. Dieser institutionalisierte „Dialog zwischen den Menschen“ stellt die neue dritte Säule der Zusammenarbeit zwischen der EU und China dar und soll die beiden bereits bestehenden Säulen, nämlich das hochrangige EU-China Gremium für den Dialog über Wirtschafts- und Handelsfragen und den strategischen Dialog EU-China, ergänzen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1233&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

EU KÜNDIGT NEUE UNTERSTÜTZUNG FÜR DIE BILDUNGSFÖRDERUNG IN ENTWICKLUNGSLÄNDERN AN

Im Rahmen einer von der Globalen Partnerschaft für Bildung (Global Partnership for Education – GPE) organisierten internationalen Konferenz in Kopenhagen am 08.11.2011 hat die Kommission neue Mittel zugesagt, um die grundlegende Schulbildung in Entwicklungsländern zu verbessern. Durch die



neue Zusage der EU werden zwischen 2011 und 2013 insgesamt 31,8 Mio. EUR in den Fonds der Globalen Partnerschaft für Bildung fließen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1312&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

EU UND CHINA VERSTÄRKEN ZUSAMMENARBEIT IN DEN BEREICHEN KULTUR, BILDUNG, JUGEND UND FORSCHUNG

Im Rahmen ihres Chinabesuchs vom 24. - 27.10.2011 bereitete die EU-Kommissarin für Bildung und Kultur, *Androulla Vassilou*, den ab 2012 geplanten europäisch-chinesischen Dialog in den Bereichen Kultur, Bildung, Jugend, Forschung und Mehrsprachigkeit vor. Dieser institutionalisierte „Dialog zwischen den Menschen“ stellt die neue dritte Säule der Zusammenarbeit zwischen der EU und China dar und soll alsbald die beiden bereits bestehenden Säulen, nämlich das hochrangige EU-China Gremium für den Dialog über Wirtschafts- und Handelsfragen und den strategischen Dialog EU-China ergänzen. Die Kommission misst dem Dialog zwischen den Menschen die gleiche Bedeutung bei wie den bereits existierenden Säulen und will für diese flexible Strukturen bei niedrigem finanziellem Aufwand schaffen. So sind ein europäisch-chinesischer Hochschulrat und gemeinsame Stipendienprogramme geplant, außerdem werden Strategie und Programm für das europäisch-chinesische Jahr des interkulturellen Dialogs 2012 entworfen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1233&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

AKTIVES UND GESUNDES ALTER: INNOVATIONSPARTNERSCHAFT STELLT MASSNAHMEN VOR

Am 07.11.2011 hat die Lenkungsgruppe der „Europäischen Innovationspartnerschaft für Aktivität und Gesundheit im Alter (EIP)“ einen strategischen Durchführungsplan mit fünf Pilotmaßnahmen für das Jahr 2012 vorgestellt. Mithilfe dieser innovativen Maßnahmen soll das übergeordnete Ziel der EIP verwirklicht werden, dass Unionsbürger bis zum Jahr 2020 im Durchschnitt zwei Jahre länger gesund leben können. Der Durchführungsplan konzentriert sich darauf, in den Bereichen Vorbeugung, Versorgung und Behandlung und unabhängiges Leben Fortschritte zu erzielen. Im Folgenden will die Kommissi-



on die Umsetzung des strategischen Durchführungsplans vorantreiben, wobei sich die für die Digitale Agenda zuständige Vizepräsidentin der Kommission, *Neelie Kroes*, der Kommissar für Gesundheit und Verbraucher, *John Dalli*, und die Kommissarin für Forschung, Innovation und Wissenschaft, *Máire Geoghegan-Quinn*, die Federführung teilen (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

http://ec.europa.eu/research/innovation-union/index_en.cfm?section=active-healthy-ageing&pg=implementation-plan

Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit

NEGATIVER TREND BEIM KLIMASCHUTZ: CO₂-EMISSIONEN WACHSEN SCHNELLER ALS DIE WIRTSCHAFT

Am 08.11.2011 hat die Beratungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers (PwC) den Bericht „Low Carbon Economy Index 2011“ vorgestellt. Demnach ist der Ausstoß von Kohlendioxid (CO₂) in den wichtigsten Industrie- und Schwellenländern, den sogenannten G20-Ländern, im Jahr 2010 erstmals seit der Jahrtausendwende wieder stärker gewachsen als die Wirtschaftsleistung. Während das G-20-Bruttoinlandsprodukt um 5,1 % gegenüber 2009 anstieg, erhöhten sich die CO₂-Emissionen im Jahr 2010 um 5,8 %. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung wird es nahezu unmöglich sein, das in Cancún vereinbarte Klimaschutzziel zu erreichen die globale Erwärmung bis 2050 auf zwei Grad Celsius im Vergleich zum Basisjahr 1990 zu begrenzen.

http://www.pwc.de/de_DE/de/nachhaltigkeit/assets/PwC_Low_Carbon_Economy_Index.pdf

GVO: EVALUIERUNGSBERICHTE ZU WIRKSAMKEIT UND EFFIZIENZ DER AKTUELLEN EU-RECHTSSETZUNG

Die Kommission hat am 28.10.2011 zwei unabhängige Evaluierungsberichte über die Wirksamkeit und Effizienz der aktuellen europäischen Rechtssetzung zu genetisch veränderten Organismen (GVO) veröffentlicht. In den 2009 und 2010 beauftragten Gutachten bewertete das European Policy Evaluation Consortium (EPEC) den geltenden EU-Rechtsrahmen für den Anbau von GMO und Agra CEAS Consulting die Vorschriften im Bereich genetisch veränderter Lebens- und Futtermittel. Die Untersuchungen bestätigen, dass die europäische GMO-Gesetzgebung in Konzept und Aufbau seitens der betroffenen Ak-



teure und der zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten als schlüssig erachtet wird und hinsichtlich ihrer Kernziele breite Zustimmung erfährt.

Agra CAES Consulting: Evaluation of the EU legislative framework in the field of GM food and feed, March 2011

http://ec.europa.eu/food/food/biotechnology/evaluation/docs/evaluation_gm_report_en.pdf

EPEC: Evaluation of the EU legislative framework in the field of GM cultivation, March 2011

<http://ec.europa.eu/mwg-internal/de5fs23hu73ds/progress?id=im7+DA0yiJ>

Hintergrundinformationen:

http://ec.europa.eu/food/food/biotechnology/index_en.htm

EUROPAMINISTERIN MÜLLER WARB IN BRÜSSEL MIT VERTRETERN DER ALPENREGIONEN FÜR DIE AUFSTELLUNG EINER EUROPÄISCHEN ALPENSTRATEGIE

Hochrangige Vertreter der Regionen im Alpenraum haben am 08.11.2011 in der Bayerischen Vertretung in Brüssel ihre Entschlossenheit bekundet, eine gemeinsame Initiative zu einer Europäischen Strategie für den Alpenraum zu erarbeiten. Die Bayerische Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten, *Emilia Müller*, und der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Alpenländer (Arge Alp), Regierungsrat *Willi Haag* (Kantonsregierung St. Gallen), hatten zu der Veranstaltung eingeladen und stellten das Vorhaben sowie die bereits geleistete Arbeit vor. In einer von der ORF-Journalistin *Cornelia Primosch* moderierten Podiumsdiskussion bekräftigten die Landeshauptmänner *Dr. Luis Durnwalder* (Autonome Provinz Bozen-Südtirol) und *Günther Platter* (Tirol), der Vizepräsident der Region Provence-Alpes-Côte d'Azur und Präsident des Comité de Massif des Alpes, *Joël Giraud*, der Vizepräsident der Region Rhône-Alpes und Mitglied im Ausschuss der Regionen, *Bernard Soulage*, sowie der zuständige Staatssekretär der Region Lombardei, *Paolo Alli*, den in den betroffenen Regionen aller Alpenstaaten bestehenden Wunsch, gemeinsam eine Alpenstrategie zu erarbeiten. Der aus Südtirol stammende Europaabgeordnete *Dr. Herbert Dorfmann* (EVP) und *Hubert Gambs*, Kabinettschef von Regionalkommissar *Dr. Johannes Hahn*, hoben ebenfalls die besondere Rolle hervor, die den betroffenen Staaten und Regionen bei der Erarbeitung einer makroregionalen Strategie zukommt (s. hierzu auch den Geschäftsbereich Politische Schwerpunkte und Europäisches Par-



lament in diesem EB).

EU-HAUSHALT: GESUNDHEITS- UND VERBRAUCHERPROGRAMME 2014 - 2020

Die Kommission hat am 09.11.2011 ihre Vorschläge für die neuen Gesundheits- und Verbraucherprogramme für den Zeitraum 2014 - 2020 vorgelegt. Mit gezielten Projekten und Maßnahmen soll ein Europa gesunder und mündiger Bürger gefördert und damit letztendlich auch zum Wirtschaftswachstum beigetragen werden. Im Vergleich zu den beiden Vorgängerprogrammen mit einer Laufzeit von 2008 - 2013 steht den Folgeprogrammen jeweils ein größeres Budget zur Verfügung. Während der finanzielle Rahmen für die noch bis Ende 2013 laufenden aktuellen Programme für Gesundheit 321,5 Mio. € und für Verbraucher 156,8 Mio. € beträgt, stehen für 2014 - 2020 jeweils 446 Mio. € und 197 Mio. € bereit. Im Folgenden beraten das EP und der Rat über die Vorschläge der Kommission. Sie sollen bis Ende 2013 angenommen werden, um rechtzeitig in Kraft treten zu können.

Gesundheitsprogramm 2014 - 2020:

http://ec.europa.eu/health/programme/policy/proposal2014_en.htm

Verbraucherprogramm 2014 - 2020:

http://ec.europa.eu/consumers/strategy/programmes_en.htm

AKTIVES UND GESUNDES ALTER: INNOVATIONSPARTNERSCHAFT STELLT MASSNAHMEN VOR

Am 07.11.2011 hat die Lenkungsgruppe der „Europäischen Innovationspartnerschaft für Aktivität und Gesundheit im Alter (EIP)“ einen strategischen Durchführungsplan mit fünf Pilotmaßnahmen für das Jahr 2012 vorgestellt. Mithilfe dieser innovativen Maßnahmen soll das übergeordnete Ziel der EIP verwirklicht werden, dass Unionsbürger bis zum Jahr 2020 im Durchschnitt zwei Jahre länger gesund leben können. Der Durchführungsplan konzentriert sich darauf, in den Bereichen Vorbeugung, Versorgung und Behandlung und unabhängiges Leben Fortschritte zu erzielen. Im Folgenden will die Kommission die Umsetzung des strategischen Durchführungsplans vorantreiben, wobei sich die für die Digitale Agenda zuständige Vizepräsidentin der Kommission, *Neelie Kroes*, der Kommissar für Gesundheit und Verbraucher, *John Dalli*, und die Kommissarin für Wissenschaft und Forschung, *Máire Geoghegan-Quinn*, die Federführung teilen.



http://ec.europa.eu/research/innovation-union/index_en.cfm?section=active-healthy-ageing&pg=implementation-plan

EP FORDERT SORGFÄLTIGEREN EINSATZ VON ANTIBIOTIKA

Das EP hat am 27.10.2011 eine nicht legislative EntschlieÙung angenommen, in der die Abgeordneten fordern, den Einsatz antimikrobieller Wirkstoffe, wie z. B. Antibiotika, strengeren Regeln zu unterwerfen, um der weltweit zunehmenden Resistenz gegen solche Wirkstoffe entgegenzutreten. Aufgrund der Gefahr möglicher Wechselwirkungen bzw. Querübertragungen aus dem Tierkreislauf in den Humanbereich priorisiert das EP einen ganzheitlichen Ansatz zur Bekämpfung von Resistenzen gegen antimikrobielle Wirkstoffe, welche in der Human- und Tiermedizin sowie in Futtermitteln und beim Pflanzenbau eingesetzt werden. Die Kommission wird aufgerufen, unverzüglich einen Rechtsrahmen zur Bekämpfung von Resistenzen und zur Förderung eines verantwortungsvollen Umgangs mit antimikrobiellen Wirkstoffen vorzuschlagen. Am 18.11.2011, dem Europäischen Antibiotikatag, will die Kommission eine entsprechende Fünf-Jahres-Strategie mit konkreten Aktionen vorstellen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0473+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik

KOMMISSION NIMMT EMPFEHLUNG ZUR DIGITALISIERUNG DES EUROPÄISCHEN KULTURERBES AN

Die Kommission hat am 28.10.2011 eine Empfehlung zur Digitalisierung und Onlinezugänglichkeit kulturellen Materials und dessen digitaler Bewahrung angenommen (EB 15/11). Danach sollen die Mitgliedstaaten unter Einbindung des privaten Sektors ihr Kulturerbe zügiger digitalisieren und über Europas Onlinebibliothek EUROPEANA zugänglich machen.

Die Empfehlung ist abrufbar unter:

http://ec.europa.eu/information_society/activities/digital_libraries/doc/recommendation/new_recommandation28nov11/de_recommendation.pdf

EUROPEANA:

<http://www.europeana.eu/portal/>



EINIGUNG ÜBER FUNKFREQUENZPOLITISCHES PROGRAMM

Am 28.10.2011 hat der Ausschuss der Ständigen Vertreter einem unter polnischer Präsidentschaft mit Vertretern von EP und Kommission ausgehandelten Kompromiss für ein erstes Funkfrequenzprogramm (RSPP) zugestimmt (EB 14/11). Nach der für den 10.11.2011 geplanten Abstimmung im EP-Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) soll der Text im Telekommunikationsrat am 13.12.2011 beschlossen werden. Das Plenum des EP wird sich voraussichtlich im ersten Quartal 2012 mit dem Kompromiss befassen. Das Programm soll 2012 in Kraft treten und bis 2015 gelten.

Kommission:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/trans/125720.pdf

EP:

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20111028IPR30574/html/Radio-spectrum-MEPs-reachdeal-with-Council-Presidency>

NEUES ZENTRUM FÜR MEDIENPLURALISMUS UND -FREIHEIT IN FLORENZ GEPLANT

Am 07.11.2011 kündigte die Kommission für Dezember dieses Jahres die Eröffnung eines Zentrums für Medienpluralismus und -freiheit an, das neue Ideen zur Gewährleistung einer freien und vielfältigen Medienlandschaft entwickeln soll. Auf dieser Grundlage will die Kommission weitere Maßnahmen auf europäischer, nationaler oder regionaler Ebene prüfen. Standort soll das Robert-Schuman-Zentrum des Europäischen Hochschulinstituts (EUI) in Florenz sein, das aus Mitteln finanziert werden soll, die ursprünglich für das vom Abgeordneten *Paul Rübig* (EVP/AUT) vorgeschlagene Programm „Erasmus für Journalisten“ vorgesehen waren.

Robert-Schuman-Zentrum des Europäischen Hochschulinstituts:

<http://www.eui.eu/DepartmentsAndCentres/RobertSchumanCentre/Index.aspx>

Website des Europäischen Hochschulinstituts:

<http://www.eui.eu/Home.aspx>

Website der Task-Force „Medien“ der Kommission:

http://ec.europa.eu/information_society/media_taskforce/index_en.htm